

07.10.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

zum Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746

Realitätsferne Grenzwertpolitik - Die Landesregierung muss sich gegen die automobil-industriefeindliche EURO7 Abgasnorm der EU einsetzen!

Berichterstatter: Abgeordneter Georg Fortmeier

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/12746 – wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der AfD wurde durch Plenarbeschluss vom 3. März 2021 zur Federführung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Ausschuss für Europa und Internationales sowie an den Verkehrsausschuss mit der Maßgabe überwiesen, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt.

Die Fraktion der AfD schreibt in ihrem Antrag, der Landtag solle feststellen:

1. Die erwarteten EURO-7-Norm-Grenzwerte seien mit dem „Nullemission“-Ziel primär politisch motiviert.
2. Die Grenzwerte in der kommenden EURO-7-Norm müssten sich an technischer Umsetzbarkeit und realem Nutzen für die Menschen orientieren.
3. Ein de-facto-Verbot von Verbrennungsmotoren durch strenge Abgasnormen gefährdeten zehntausende Arbeitsplätze in NRW und in Deutschland.
4. Der Ausstoß von Stickoxiden durch moderne Diesel-PKW sei bereits heute geringer als der von mit deutschem Strom-Mix betriebenen Elektrofahrzeugen.
5. Die Mobilität per Automobil müsse für alle Schichten der Bevölkerung bezahlbar bleiben und dürfe nicht über realitätsferne Grenzwerte, die den Fahrzeugpreis massiv erhöhten, erschwert werden.

Zudem solle der Landtag die Landesregierung auffordern,

1. sich bei der EU für eine ideologiefreie und technisch umsetzbare Reglementierung der Abgasnorm EURO-7 einzusetzen, die nicht auf pauschalen Nullemissionszielen basiere;
2. sich bei der EU für die Aufrechterhaltung eines freien Wettbewerbs einzusetzen und damit gegen jegliche Tendenzen von wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen wie der Einführung von Abgas-Grenzwerten, die gemessen am Aufwand der Umsetzung und an den gesundheitlichen Aspekten in keinem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen der Bürger stünden;
3. Gespräche mit der Automobilindustrie in NRW mit dem Ziel aufzunehmen, den Vorständen und Arbeitnehmervertretern in den Unternehmen zu signalisieren, dass die NRW-Regierung sich auch auf EU-Ebene für den Erhalt dieser Industrie in NRW einsetzen werde.

B Beratung

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat den Antrag in seiner Sitzung am 17. März 2021 erstmals beraten und beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Diese hat am 2. Juni 2021 stattgefunden und ist im Ausschussprotokoll 17/1439 dokumentiert.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung waren folgende Institutionen/Sachverständige geladen bzw. sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

| eingeladen | Teilnehmer/-innen | Stellungnahme |
|--|--|----------------|
| unternehmer nrw Alexander Felsch Düsseldorf | Alexander Felsch | 17/3972 |
| Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH Thorsten Koska Wuppertal | Thorsten Koska | 17/3969 |
| Universität Duisburg-Essen Fakultät für Physik Professor Dr. Michael Schreckenberg Duisburg | Professor Dr. Michael Schreckenberg | 17/3981 |
| VCD Landesverband NRW e.V. Düsseldorf | keine Teilnahme | 17/3970 |
| Technische Hochschule Ingolstadt Professor Dr. Jörg Wellnitz Ingolstadt | Professor Dr. Jörg Wellnitz | --- |
| Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e.V. Köln | Martin Schraag | 17/3980 |

Die mitberatenden Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales, für Europa und Internationales sowie für Verkehr haben den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat in seiner Sitzung am 29. Juni 2021 die abschließende Beratung zu dem Antrag durchgeführt.

Die antragstellende **AFD-Fraktion** führte aus, der Antrag greife eines der vielen Themen auf, mit denen die EU in das Leben aller hineinregieren wolle. Laut Professor Schreckenberg mangle es in der Politik an einem Gesamtkonzept, sei die Verschärfung einzelner Grenzwerte nicht sinnvoll und stünden für die Menschen zwei Faktoren beim Autokauf besonders im Vordergrund, nämlich der niedrige Preis und möglichst schnell von A nach B zu kommen. An letzter Stelle habe dagegen für die Bürger die sogenannte Klimaneutralität gestanden. Ideologen in der Politik – egal, ob in der EU, beim Bund oder im Land – versuchten, insbesondere am Parameter Preis zu drehen. Das gelinge am einfachsten durch massiv verschärfte Grenzwerte; denn dann müssten neue Reinigungsanlagen eingebaut werden, die laut Aussage des renommierten Professors Wellnitz bis zu 10.000 Euro kosteten. Würden Wagen mit Verbrennungsmotoren massiv verteuert und gleichzeitig E-Autos massiv subventioniert, kauften, so hofften einige ideologische Politiker, die Bürger endlich auch E-Autos. Die Grenzwerte beruhten nicht auf medizinischer Grundlage. Das habe Herr Schraag, der seit Jahren als Gutachter für medizinische Produkte und medizinische Richtlinien auftrete, deutlich gemacht und die aktuellste Studie zum Bereich der Stickstoffdioxide angesprochen. Erst bei einer dauerhaften lebenslangen Belastung der Bürger von mehr als 100 Mikrogramm pro Kubikmeter komme es

zu einer gesundheitlichen Einschränkung, und zwar nur für besonders sensible Bürger. Andere seien überhaupt nicht betroffen. Alle Werte in den Innenstädten lägen deutlich unter diesem Wert. Eine weitere Verschärfung dieser Grenze bringe somit laut dem Experten keinerlei medizinischen Nutzen. Durch eine Verteuerung der Autos über medizinisch unnötig verschärfte Grenzwerte hätten die Bürger weniger Geld für andere Dinge. Geld fehle dann bei der Bildung der Kinder oder der eigenen Gesundheitsvorsorge. Eine solche Politik schade den Bürgern. Das hätten auch Hersteller und Zulieferer erkannt und ebenfalls gegen die viel zu scharfen Grenzwerte opponiert. Die EU sei zumindest zwischenzeitlich eingeknickt und von der realitätsfernen Vorstellung der Grenzwerte abgerückt. Der vorliegende Antrag sei somit richtig und habe zur wichtigen Debatte und vielleicht auch zum Umlenken in der Politik beigetragen.

Die **FDP-Fraktion** bemängelte, der Antrag basiere auf einem überholtem Sachstand. Dennoch sei die Anhörung genutzt worden, um die Regulierungen auf Basis der Sachverständigenausagen weiterzuentwickeln. Regulierungen müssten verständlich und handhabbar sein. Wichtig sei eine klare, schlanke und technologieoffene Gesetzgebung. Professor Schreckenberghabe noch einmal die Bedeutung ganzheitlicher Mobilitätskonzepte hervorgehoben.

Die **CDU-Fraktion** hielt die Argumentation gegen Elektromobilität nur bei Ausblendung des Klimathemas für möglich. Da die AfD-Fraktion die Realität verkenne, seien ihre Äußerungen nicht schlüssig. Entgegen früherer Aussagen der AfD-Fraktion werde China zum Zugpferd der Elektromobilität. Auch die Entscheidungen der chinesischen Regierung zur Kohleverstromung hätten sich signifikant geändert. Ziel müsse eine technologieoffene Entwicklung sein. Lob habe es in der Anhörung unter anderem für das Industriepolitische Leitbild gegeben. Die Haltung der AfD hätten die Sachverständigen dagegen nicht geteilt. Der VDA-Branchenverband schätze die Euro-7-Norm durchaus als machbar ein. Überwiegende Einigkeit habe auch darüber bestanden, dass durch die Euro-6d-Temp-Norm sauberere Autos auf den Straßen führen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, die Ergebnisse der Anhörung habe die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion verstärkt. Es sei mehr als deutlich geworden, dass die antragstellende Fraktion versuche, ein Schreckgespenst aufzubauen, das nicht existiere. Durch die EU-Grenzwerte stelle sich die Automobilbranche endlich auf Klimaschutz und emissionsfreie Mobilität ein und nehme entsprechende Zukunftsinvestitionen vor. Ohne die verbindlichen Regeln dauere dieser Prozess erheblich länger und komme für wirksamen Klimaschutz zu spät. Die Tatsache, dass immer mehr Länder wie Kanada, Großbritannien oder Norwegen Enddaten für die Zulassung von Pkw mit fossilen Verbrennungsmotoren festlegten und zudem immer mehr Automobilkonzerne den Umstieg auf emissionsfreie Motoren und damit den Ausstieg aus der Verbrennungstechnologie bekannt gäben, zeige, dass der Trend nicht mehr aufzuhalten, technologisch sinnvoll und wirtschaftlich machbar sei. Die AfD bleibe mit dem Antrag im 20. Jahrhundert stehen, gefährde das Klima und vernichte Arbeitsplätze. Als Wirtschaftsstandort habe NRW und Deutschland insgesamt nur eine Chance, auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb ganz oben mitzuspielen, wenn man die Entwicklung ernst nehme und sich an die Spitze der Antriebswende stelle. Das habe auch Herr Koska vom Wuppertal Institut deutlich gemacht. Klimaneutrales Wirtschaften bringe neue Arbeitsplätze und sichere den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, wenn es in den nächsten 10 bis 15 Jahre nicht zu Strukturbrüchen komme.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt den Antrag der AfD-Fraktion für einen oberflächlichen und nicht aussagekräftigen Versuch, sich gegen die Zukunft zu stellen. Die Elektrifizierung sei sowohl wettbewerbstechnisch als auch ökologisch notwendig. Das habe Herr Koska vom Wuppertal Institut bekräftigt. Im Rahmen der Anhörung habe sich auch erwiesen,

dass der Antrag nicht die dringend notwendigen Fragen und Maßnahmen adressiere. Die im Antrag enthaltenen Forderungen seien realitätsfern.

Die **AfD-Fraktion** riet, sich die wissenschaftliche Expertise von Herrn Koska anzuschauen. Herr Professor Wellnitz habe selbst schon Autos gebaut und Bücher dazu geschrieben: Er habe das erste wasserstoffgetriebene Rennauto in Deutschland selbst gebaut und gefahren. Die Konsequenzen der Politik in Bezug auf E-Autos würden in Großbritannien deutlich. Dort sei eine Stromrationierung beschlossen worden, sodass private Heimpladestationen zu bestimmten Uhrzeiten geschlossen werden könnten. Großbritannien verfüge kaum über Kohlekraftwerke, sondern nutze hauptsächlich Erdgaskraftwerke und Windindustrie. Das habe zu einer deutlich stärkeren Auslastung der Erdgaskraftwerke im Sommer geführt. Nun seien die Speicher weitgehend leer, und der Gaspreis steige von 20 auf 60 Euro pro MWh.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 17/12746 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Georg Fortmeier
Vorsitzender